

TEIL A: PLANZEICHNUNG



Weißdorn
Schlehe
Hainbuche

Hasel
Feldahorn
Faulbaum

Salweide
Vogelkirsche
Liguster

- Für alle Anpflanzungen werden folgende Pflanzqualitäten verwendet:
Sträucher: 2xv., Höhe: mind. 100 cm
- Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem § 9 Abs. 1. Nr. 25 b BauGB

8. FLÄCHEN ODER MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH

gem. § 9 Abs. 1a BauGB i.V.m. § 1a Abs. 3 BauGB in Anwendung der §§ 18 ff. BNatSchG

Das ökologische Defizit, welches nicht innerhalb des Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ausgeglichen werden kann, wird durch externe Maßnahmen ausgeglichen. Hierzu wird auf der Parzelle Nr. 201 in Flur 2 der Gemarkung Limbach Acker in extensiv genutztes Grünland umgewandelt.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs siehe Plan

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME IN ANWENDUNG DES § 9 ABS. 6 BAUGB

EUROPÄISCHES SCHUTZGEBIET NATURA 2000

§ 19 SNG

siehe Plan,

hier: FFH Gebiet "Prims"
Gem. § 19b SNG ist der Bebauungsplan auf seine Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des FFH-Gebietes zu überprüfen. Die FFH-Verträglichkeit der Planung wurde mit Schreiben vom 26.04.05 von der Obersten Naturschutzbehörde bestätigt.

SCHUTZSTREIFEN ZUR 20 KV-FREILEITUNG

NACH ENERGIERECHTLICHEN VORSCHRIFTEN

siehe Plan,
Schutzstreifen von 15 Meter (beidseitig der Leitung) 7,5 m im Bereich der 20-kV-Mittelspannungsfreileitung der energis, die Anlage von Stellplatz- und Lagerflächen innerhalb dieses Streifens ist mit der energis abzustimmen.

HINWEISE

VERKEHRSLICHE ERSCHESSUNG

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt über eine neu zu markierende Linksbahnsperre. Die Planung erfolgt außerhalb des B-Plan-Verfahrens und wird mit dem Landesbetrieb für Straßenbau abgestimmt.

SCHUTZSTREIFEN ZUR 20-KV-FREILEITUNG

Die Nutzung des Schutzstreifens entlang der Freileitung ist mit der energis vorab abzustimmen. Eine Bepflanzung des Schutzstreifens darf nur mit niedrig wachsenden Bäumen und Sträuchern erfolgen.

MUNITIONSGEFAHREN

Im Plangebiet sind Munitionsgefahren nicht auszuschließen. Eine vorsorgliche Überprüfung durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbeiten erfolgen.

EHMALIGES EISENERZFELD

Der Randbereich des Plangebietes liegt innerhalb eines ehemaligen Eisenerzfeldes. Bei Ausschachtungsarbeiten wird empfohlen, auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und dies gegebenenfalls dem Oberbergamt mitzuteilen.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I, S. 2141, ber. 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.07.2002 (BGBl. I S. 2850) m.W.v. 01.08.2002,

- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zul. geänd. durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 479),

- die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58),

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. September 2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuchs an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359),

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarUVPG) vom 30.10.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2494), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507)

- das Gesetz Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Bauberufsrechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes Nr. 18, S. 822),

- die saarländische Landesbauordnung (LBO), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts (SDSchG) vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507)

- der § 12 des Kommunalselfverwaltungsgesetzes (KStVG) i. d. Bek. der Neuf. vom 27. Juni 1997 auf Grund des Art. 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 23. April 1997 (Amtsbl. S. 538), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2001 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2158),

- das Gesetz Nr. 1502 zur Neuordnung des Landesplanungsrechts (SLPG) vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01.08.2002, S. 1506),

- das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung des Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechts-

vorschriften vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuchs an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359),

- das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 346), zul. geänd. durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1557 über die Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Naturschutzes zur Flexibilisierung der kommunalen Abwasserbeseitigungspflicht (Amtsblatt des Saarlandes vom 29.07.2004, S. 1550),

- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert am 06.01.2004 (BGBl. I S. 2),

- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. I S. 2331),

- das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. des Saarlandes 2002, S. 990),

- das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), i. d. Neuf. der Bek. vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert am 06.01.2004 (BGBl. I S. 2),

- das Saarländische Wassergesetz (SWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes vom 24.09.2004, S. 1994 ff.),

- das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Vermessungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1130),

- das Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Kulturdenkmäler im Saarland (Saarländisches Denkmalschutzgesetz - SDSLGS) vom 12. Oktober 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 993), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 22 des Gesetzes vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 822)

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Vorhabenträger, die Fa. SPIG - Schutzplancken-Produktions-GmbH & Co. KG -, hat mit Schreiben vom 29.04.2005 die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Erweiterung Fa. SPIG" beantragt.

- Der Gemeinderat der Gemeinde Schmelz hat am 13.05.2004 den Beschluss zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Erweiterung Fa. SPIG" gefasst (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Der Beschluss wurde am 28.05.2004 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Schmelz, den 21.12.2004 Der Bürgermeister

- Die frühzeitige Beteiligung der Bürger wurde in der Zeit vom 13.12. - 17.12.2004 in Form einer Auslegung durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Sie wurde am 10.12.2004 ortsüblich bekannt gemacht.

- Der Gemeinderat hat am 18.11.2004 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Erweiterung Fa. SPIG" (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit paralleler Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 1 und 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB) beschlossen.

- Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung hat in der Zeit vom 20.12.2004 bis einschließlich 21.01.2005 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 10.12.2004 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

- Die betroffenen Behörden, Stellen und die Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden wurden gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 10.12.2004 an der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen.

- Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Gemeinderat am 14.07.2005 geprüft und in die Abwägung eingestellt. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

- Der Gemeinderat hat am 14.07.2005 den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Erweiterung Fa. SPIG" als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der vorhabenbezogene Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Schmelz, den 21.12.2004 Der Bürgermeister

- Der Satzungsbeschluss wurde gem. § 10 BauGB am 10.12.2004 ortsüblich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Erweiterung Fa. SPIG", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c des "Gesetzes über die Umweltverträglichkeit (UVPG)" ist aufgrund der Größe der anrechenbaren Grundfläche nicht notwendig.

Die FFH-Verträglichkeit des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Erweiterung Fa. SPIG" mit den Schutzzielen des FFH-Gebietes "Prims" und des Schutzgebietsnetzes Natura 2000 wurde festgestellt.

Schmelz, den 14.12.2004 Der Bürgermeister



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)

- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLANES (§ 9 ABS. 7 BAUGB)
- GEWERBEGEBIET (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 11 BAUNVO) HIER: NUTZUNG ALS LAGER- UND STELLFLÄCHEN
- GRZ 0,7
- GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 19 BAUNVO)
- FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB) HIER: LAGER- UND STELLPLATZFLÄCHEN
- EIN- UND AUSFAHRTBEREICH (§ 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB)
- 20KV-FREILEITUNG DER ENERGIS (§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)
- SCHUTZSTREIFEN ENTLANG FREILEITUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 24 BAUGB)
- FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 25A BAUGB)
- FLÄCHEN ZUM ERHALT VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 25B BAUGB)
- ABGRENZUNG DES FFH-GEBIETES "PRIMS" (§ 5 ABS. 4, § 9 ABS. 6 BAUGB)

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN

(GEM. § 9 BAUGB I.V.M. § 12 BAUGB UND BAUNVO)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

- 1.1 Baugebiet GE

Gewerbegebiet gem § 8 BauNVO siehe Plan

- 1.1.1 Beschreibung des Vorhabens

gem. § 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO

- zulässig sind aus dem Zulässigkeitskatalog des § 8 Abs. 2 BauNVO

- 1. Lagerplätze
- 2. Stellplätze für PKW

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

- 2.1 Grundflächenzahl (GRZ)

gem. § 19 Abs. 1 BauNVO

- siehe Plan
- Die Grundflächenzahl (GRZ) wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 1 und 4 BauNVO im Planungsgebiet auf 0,7 festgesetzt.

3. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND NEBENANLAGEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB

siehe Plan
gem. § 12 Abs. 6 und § 14 Abs. 1 BauNVO wird festgesetzt, dass Stellplätze und Nebenanlagen nur innerhalb der dafür festgesetzten Flächen zulässig sind.

4. VERKEHRSFLÄCHEN UND ANSCHLUSS ANDERER FLÄCHEN AN DIE VERKEHRSFLÄCHEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

siehe Plan,
An der im Plan gekennzeichneten Stelle wird eine Ein- und Ausfahrt für die Stellplätze gebaut.

5. FÜHRUNG VON VER- UND ENTSGUNGSANLAGEN UND -LEITUNGEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB

siehe Plan,
hier: 20-kV-Freileitung der energis

6. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB

IN ANWENDUNG DER §§ 18 FF. BNATSchG

Alle Stellplätze sind aus Gründen der Grundwasserneubildung wasserdurchlässig zu befestigen.

7. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN UND ZUM ERHALT VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN

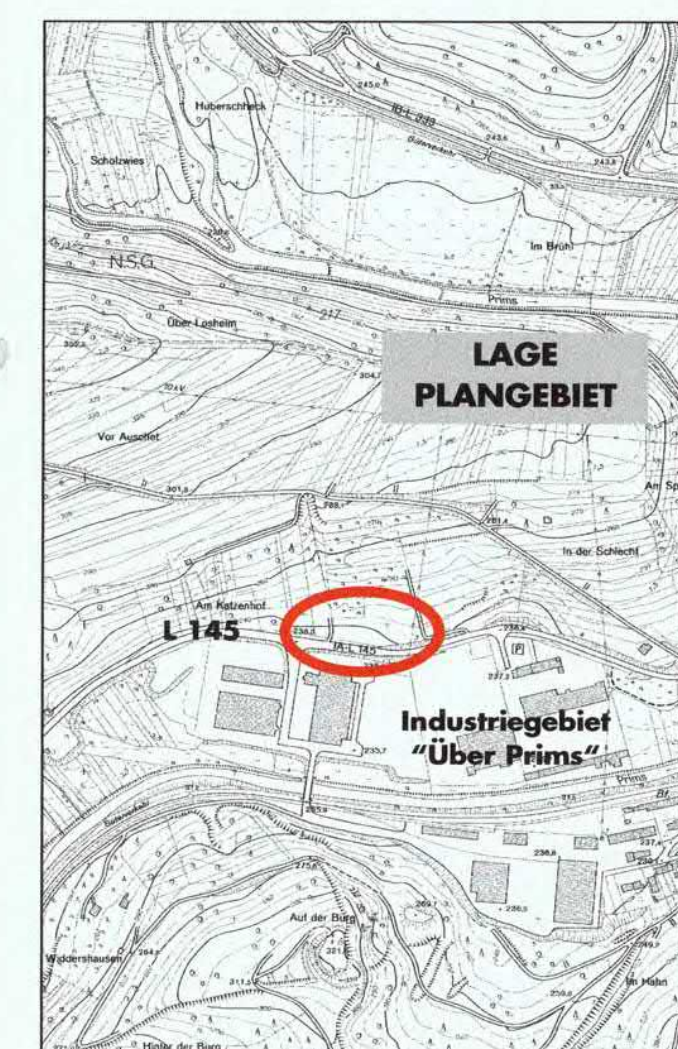
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A UND B BAUGB

- Im Bereich der festgesetzten Flächen zum Anpflanzen am Rande des Plangebietes sind standortgerechte Sträucher gemäß Pflanzliste im Raster von 1,50 m x 1,50 m anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten.
- Im Bereich der festgesetzten Flächen zum Erhalt sind bestehende Gehölze, sofern sie nicht die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, auf Dauer zu erhalten.
- Für alle Anpflanzungen sind nur einheimische, standortgerechte Gehölze zu verwenden. Die folgende Liste stellt die eine Auswahl der zu verwendenden Gehölze beispielhaft dar:

VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN

"ERWEITERUNG FA. SPIG"

IN DER GEMEINDE SCHMELZ - ORTSTEIL LIMBACH



- BEARBEITET IM AUFTRAG DER SPIG - SCHUTZPLANCKEN-PRODUKTIONS-GMBH & CO. KG

- AN DER ERSTELLUNG DES VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLANES WAREN BETEILIGT:

PROJEKTBEARBEITUNG: DIPL.-GEODR. ANJA GROSS

PLANDESIGN: DIPL.-ING. (FH) NADJA ZIMMER

UTE SCHWINDUNG

- JULI 2005 (SATZUNG)

- VERANTWORTLICHER PROJEKTLITER: DIPL.-GEODR. THOMAS EISENHUT

GESCHÄFTSFÜHRENDER GESELLSCHAFT

M 1:500 im Original
Verkl. DIN A 3 ohne Maszstab

0 5

25

50



Das Stadtplanungsteam der